

kursiven Landkarte. Ohne ihre Einheitlichkeit zu überhöhen und unter Beachtung des von ihr Ausgeschlossenen wird sich doch die Kultur der Transition als ein sedimentiertes hegemoniales Projekt, als eine Kultur, herausstellen. Eine Kultur, die definiert, wie die legitime Gesellschaft und Politik zu strukturieren sind, wie das richtige Spanien beschaffen sein muss (Kap. II.3.c).

3.1 Neue Gesellschaft

Für die hegemoniale Kultur, die Spanien jahrzehntelang strukturiert, steht fest: Die Modernisierung des Landes reicht in die Zeiten des Franquismus zurück. Bereits in der Diktatur vollzog Spanien eine Industrialisierung, die mit der Isolierung, Rückschrittlichkeit und Konflikthaftigkeit brach, die das Land jahrzehntelang geprägt hatten – und erst im Bürgerkrieg (1936–1939) und dann in der franquistischen Diktatur gipfelten. Diese in den Worten Juliás (2000: 19) »dunkle Zeit« schuf eine »kollektive Vorstellung von Rückschritt, Extremismus, Leidenschaft und Grausamkeit – allesamt Werte, die sich wenig eigneten, um auf ihrer Grundlage ein demokratisches politisches System und eine moderne Zivilkultur zu schaffen«. Doch Mitte der 1950er Jahre geschah ein ökonomischer Wachstumsschub, der das Land verändern sollte. Die Landwirtschaft modernisierte sich und der Binnenmarkt zur damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hin wurde geöffnet. Dies ging einher mit einer massiven Landflucht von Kastilien und Andalusien zu den Metropolregionen Madrids, Barcelonas und Bilbaos (vgl. ebd.). Parallel dazu expandierte der öffentliche Sektor. Der Verwaltungsapparat wurde ausgebaut, bürokratisiert und rationalisiert. Das Franco-Regime besetzte die neugeschaffenen Stellen nicht mit Kadern der faschistoiden Kaderorganisation Falange und der katholischen Kirche, sondern mit einem professionellen, entpolitisierten Beamtentum (vgl. ebd.: 27).

Diese Entwicklungen gründeten, so das hegemoniale Narrativ, auf drei Pfeilern (vgl. Tusell 1999: 74): Erstens emigrierten Millionen Spanier nach Westeuropa. Zwischen 1960 und 1970 verließ eine Million Menschen das Land, um zu sogenannten Gastarbeitern in den westeuropäischen Kernländern – Frankreich, der Schweiz, Deutschland oder Großbritannien – zu werden. Die Emigranten sicherten dem Regime eine hohe Devisensumme, die das Handelsdefizit Spaniens ausglich. Zweitens entwickelte sich ab Anfang der 1960er Jahre der Tourismus enorm. Spanien wurde neben Italien zum Hauptanziehungspunkt des europäischen Badetourismus. Am Ende der Diktatur beschäftigte der Tourismus eine Million Spanierinnen, machte 12 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus und war zum Massenphänomen geworden – 1973 etwa empfing das Land mehr als 31 Millionen Touristinnen (vgl. Pack 2009: 310). Drittens stiegen die ausländischen Inversionen an. Westliche Großunternehmen investierten in Spanien. Dies führte zur Erhöhung der Produktivität und zur Entfaltung der Industrie, so dem Schiffsbau, der Automobilindustrie, dem Bergbau oder dem Immobiliensektor.²³

Der Wirtschaftsaufschwung der 1950er und 1960er Jahre wurde vom Franco-Regime gezielt zum Zweck der Selbstlegitimierung vorangetrieben. Die Gesellschaft sollte die

23 Der Boom des Sekundärsektors stieß indes rasch an seine Grenzen. Ab den 1980er Jahre wurde unter sozialistischer Führung die Schwerindustrie abgebaut – und dagegen der Dienstleistungssektor aufgebaut (Kap. II.2.b).

Diktatur weniger aus ideologischer Überzeugung als vielmehr aus ökonomischen Pragmatismus unterstützen. Mit der langsamen Entstehung einer urbanen Mittelschicht setzte das Regime darauf, sich langfristig gesellschaftlichen Rückhalt zu sichern. Die Modernisierung der spanischen Gesellschaft sollte als Ergebnis der franquistischen Ordnung erscheinen. Die neuen Mittelschichten sollten zum Konfliktdämpfer und Stabilitätsfaktor werden – so das Kalkül, das zwar sozialstrukturell aufgehen, allerdings ebenso ungewollt das Ende des Franquismus beschleunigen sollte.

In den 1960er Jahren geschah eine *soziologische Modernisierung*. Die spanische Gesellschaft »hatte schnell und intensiv eine Entwicklung vollzogen, für die andere Länder der westlichen Hemisphäre mehr als ein Jahrhundert gebraucht hatten, und zwar sowohl in ihren politischen und ökonomischen, als auch in kulturellen und sozialen Facetten«, so die paradigmatische Diagnose von Salustiano del Campo und José Felix Tezanos (2008: 21). Schon bevor also die politische Transition begann, hatte sich die spanische Gesellschaft verändert. Die Entstehung einer *breiten Mittelklasse* war ihr wichtigstes Kennzeichen, sie avancierte zum mäßigenden Faktor, gar zum Pfeiler des sozialen Friedens. Mit ihrem bescheidenen Wohlstand und ihrer geringen Ideologisierung verkörperten die Mittelschichten eine neue Mentalität. Sie verwarfen die ideologischen Schwarz-Weiß-Kategorien von einst. Vielmehr wollten sie die Vergangenheit begraben, diese »bewusst vergessen machen«, wie es Juliá (2000: 48) ausdrückt.

Die neuentstandenen Mittelschichten führten somit dazu, dass sich die historisch etablierten Konfliktlinien abschwächten (vgl. Gunther/Montero 2004: 109). Die Konflikte zwischen Adel, Klerus, Bürgertum auf der einen Seite und Industriearbeitern und Bauern auf der anderen Seite waren in Spaniens Geschichte immer wieder virulent geworden und hatten im Bürgerkrieg ihren Höhepunkt erreicht. Demgegenüber zielte das Franco-Regime darauf ab, die sozialen Spaltungen, und vor allem die Klassenkonflikte, durch eine relativ abgesicherte Mittelklasse abzuschwächen. *No queremos un país de proletarios, sino de propietarios* (Wir möchten kein Land von Proletariern, sondern von Eigentümern), das klassische Motto des Ministers für Wohnungsbau José Luis Arrese (1959) avancierte zum Regierungsprogramm. Das Regime entwarf nicht nur eine Wirtschaftspolitik, die auf das Wachstum der Mittelschichten gerichtet war, sie bewarb auch Ideale des konsumorientierten Freizeitverhaltens, der Entpolitisierung und der Individualisierung (vgl. Cañellas Mas 2006: 264). Damit bildete das Regime ein Gesellschaftsmodell nach westlichem Vorbild nach. Die Mittelschichten wurden zum Symbol eines »europäischen Spaniens«, das sich zusehends seinen Nachbarländern anglich (vgl. Pack 2009: 31).

In diesem Sinne war die Mittelschicht nicht nur ein Faktor der Mäßigung, sondern auch der Veränderung. Anders als vom Regime erhofft, entfaltete die Modernisierung eine politische Eigendynamik. Die Mittelklassen, die ab den 1950er Jahren entstanden, wünschten sich, so erzählt es die Kultur der Transition, nicht eine Stabilisierung des Franquismus, sie beehrten nach Demokratie. Es sollte eine Transition sein, in der sich die Werte der Mittelschicht spiegeln sollten: In der neuen Gesellschaft sollten die früheren Klassengegensätze geschliffen und durch eine gemäßigte Konsensorientierung ersetzt werden. Die demokratische Transition war insofern eine *nachrückende Revolution*, sie bildete das heraus, was die Gesellschaft bereits vollzogen hatte. Die neuen Mittelschichten enthüllten sich als Schlüsselvariable dafür, dass die politische Transition so geschah, wie sie geschah: konsensorientiert, moderat, liberal und mit beschränkten Ausdruckska-

nälen der Volkssouveränität. Die politischen Veränderungen entsprachen ganz dem paradoxen Wunsch der Mittelklassen nach Entpolitisierung *und* Demokratisierung, nach Stabilität *und* Wandel. Auf diese Weise prägte die spanische neue Sozialstruktur dem politischen Prozess ihre Werte auf (vgl. Juliá 2000: 42). Spanien bekam eine repräsentative Demokratie, die Freiheiten und Rechte sicherstellte und den politischen Pluralismus anerkannte. Del Campo/Tezanos (2008: 13) erkennen hierin einen vorbildlichen Prozess, in dem die »soziologische Modernisierung« und »die demokratische Transition« zusammenflossen und eine friedliche Co-Evolution ergaben: »Dieser [Prozess] führte von einer rückständigen und archaischen Gesellschaft und einem autoritären Regime zu einer fortschrittlichen Demokratie und einer modernen Gesellschaft.« (Ebd.)

Die Modernisierung brachte die Demokratie, so lautet die These der kanonischen Literatur. Die soziale Modernisierung im Zeichen der neuen Mittelklasse wurde zum entscheidenden Faktor dafür, dass die Transition erfolgreich war und zum internationalen Modell einer erfolgreichen Demokratisierung aufstieg. Die Modernisierung der Gesellschaft prägte indes nicht nur den Übergang zur Demokratie, sie definierte ebenso wichtige Facetten der neuen Ordnung. Zunächst barg die Modernisierung eine Antwort auf die Frage, warum die junge Demokratie nicht erneut in die Konflikte und Polarisierung der Vergangenheit gezogen wurde: Das neue politische System gründete auf einer gleichsam *geschichtslosen* Gesellschaft. Seit den 1960er Jahren hatte sich nicht nur die Sozialstruktur verändert, es hatten sich ebenfalls neuartige Werte herausgebildet. Die Traditionen und politischen Kulturen von früher galten nicht mehr. Einerseits waren die »radikalen« Arbeiterideologien (Anarchismus, Sozialismus, Marxismus) nach dem Bürgerkrieg aus dem Gesellschaftsleben gewaltsam ausgerissen worden. Andererseits verloren die faschistischen und nationalkatholischen Traditionen, auf denen das Franco-Regime beruhte, im Zuge des Modernisierungsprozesses zusehends an Einfluss. So identifizierte sich in den 1970er Jahren die Mehrheit der Bevölkerung weder mit rechten noch mit linken Ideologien, sondern gab sich politisch indifferent. Diese so modernisierte wie moderate Mehrheit war in dem Maße ein entscheidender Demokratisierungsfaktor, als sie nach dem Tod Francos die Kontinuität der Diktatur für untragbar hielt und den Übergang zu einer liberalen Demokratie befürwortete. Doch darüber hinaus blieb diese entpolitierte Bevölkerungsmehrheit in ideologischer Hinsicht ein ungeschriebenes Blatt. Sie wollte nicht zur Polarisierung der Vergangenheit zurück, forcierte jedoch auch keinen starken Neuentwurf (vgl. Ledesma 2006: 14). Die Gesellschaft hatte mit der Vergangenheit gebrochen und sich der antidemokratischen Ideologien entledigt (vgl. Gunther/Montero 2004: 192f.). An ihre Stelle traten nicht so sehr politische als vielmehr materialistische Werte. Das eigene Wohlergehen, der Konsum, die Freizeit oder der Individualismus avancierten – analog zu anderen westlichen Industrienationen – zu den Schlüsselwerten, welche die Bevölkerungsmehrheit auszeichneten (vgl. Brändle 2007).

Für die neue Demokratie führte dies zu einem merkwürdigen Gegensatz. Zum einen genoss die neue Ordnung sehr hohe Zustimmungswerte. In Umfragen deklarierte eine überwältigende Mehrheit, prodemokratisch zu sein und die politischen Schlüsselinstitutionen (die Monarchie, das Parlament, die Exekutive, die Justiz) zu unterstützen. Aber zugleich richteten sich in der Gesellschaft politische Apathie und Desinteresse ein. Was in der Politik geschah, welche Partei gerade regierte und welche Entscheidungen sie traf, blieb für die spanischen Bürgerinnen nur bedingt von Interesse (vgl. Juliá 2000: 58f.).

Schon unmittelbar nach der Transition sank das Ansehen der institutionellen Politik erheblich. *El desencanto* (die Verdrossenheit) wurde ab Ende der 1970er Jahre zur populären Formel, um die gesellschaftliche Ernüchterung gegenüber der Demokratie zu markieren. Wie Studien zu politischen Einstellungen ergaben, betrachteten die Bürgerinnen die Politik mit Skepsis, Verdrossenheit und Misstrauen. Die Gesellschaft befürwortete zwar prinzipiell die Demokratie, sie verhielt sich jedoch gegenüber der konkreten Politik samt ihrer Abläufe und Repräsentanten zynisch (vgl. Gago 1995: 264).

Diese Politikskepsis wird indes *nicht* als schweres Problem gelesen. Im Gegenteil: Für die Kultur der Transition zeigen die Entfremdungstendenzen der Gesellschaft gegenüber der Politik, dass Spanien dieselbe Entwicklung durchmacht wie alle anderen westlichen Nationen. Materialismus und politische Apathie gelten damit als Kennzeichen von Modernität (vgl. Gunther/Montero 2004: 197). Sie legen offen, dass sowohl die spanische Gesellschaft als auch die Politik so weit gefestigt sind, dass sie wie zwei *autonome Sphären nebeneinander* funktionieren. Die Gesellschaft, genauer, die *Zivilgesellschaft* ist die Sphäre von Arbeit, Konsum, Privatheit und Zivilengagement; die *Politik* ist die Sphäre der harten Institutionen, der Volksparteien und der Entscheidungen. Beide Sphären interagieren zuweilen miteinander, etwa beim Wahlgang. Grundsätzlich jedoch sind Politik und Gesellschaft autonom, sie funktionieren unabhängig und besitzen je eigene Regelmäßigkeiten. Die Tatsache, dass die Politik gewissermaßen hinter dem Rücken der Bürgerinnen funktioniert und trotz Skepsis oder Desinteresse prinzipiell unterstützt wird, wird nicht als Indikator der Krise der Demokratie gelesen, sondern ihrer Festigung. Die Diagnose lautet: Spanien ist mittlerweile derart solide modernisiert, dass im Land sogar jenes politische Desinteresse aufkommt, das für avancierte Industrienationen typisch ist.

Fest steht, dass parallel zur demokratischen Transition die spanische Gesellschaft eine andere wurde. Sie war neu, europäisch, normal. Aber was verbirgt sich hinter diesem Normalisierungstopos? Die Antwort scheint unzweideutig: Spanien erlebte seit den 1950er Jahren eine Modernisierung, die das Land seit den späten 1970er Jahren auf westeuropäische Standards hebt. Diese Normalisierungstendenz lässt sich auf drei Kennzeichen zuspitzen: Erstens wird Spanien zur *Mittelschichtsgesellschaft*. Die Klassenverhältnisse schwächen sich ab und werden durch eine große Mittelschicht ersetzt. Diese ist urban, organisiert sich um die bürgerliche Kleinfamilie herum und macht das materielle Wohlergehen zu ihrer Hauptsorge. Zweitens entwickelt sich eine *Konsumgesellschaft*. Arbeit, Freizeit, Konsum – für die spanischen Bürgerinnen ist Modernität ein Wohlstandsversprechen. Der Fernseher, das Auto (besonders der im Land gefertigte Kleinwagen SEAT 600) der Urlaub am Meer oder eine Zweitresidenz auf dem Land werden zu Symbolen eines deutlich erhöhten Lebensstandards großer Bevölkerungsteile. Dem generellen Eindruck der Bürgerinnen nach hat Spanien einen Sprung nach vorn gemacht. Drittens ist das moderne Spanien eine *entpolitisierte Gesellschaft* geworden. Die einstigen Konflikte haben an Virulenz verloren. Im Zuge der Transition ziehen sich die politischen Debatten aus der Gesellschaft zurück und in das politische System ein.

3.2 Beruhigte Politik

Die spanische Gesellschaft vollzieht eine erfolgreiche Modernisierung – sie ist die Bedingung der Möglichkeit für die Konsolidierung der Demokratie. Zugleich aber bleibt